

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Diskussion um Strafrechtsnovelle erschüttert die Glaubwürdigkeit der türkischen Regierung**
- **Kritik der Türkei am Verhalten der USA im Nordirak**
- **Umfangreiche Bildungsreform in der Türkei - auch ohne Pisa-Schock**
- **Info-Mail**

Diskussion um Strafrechtsnovelle erschüttert die Glaubwürdigkeit der türkischen Regierung

In einer Sondersitzung der Großen Türkischen Nationalversammlung am 26. September 2004 wurde die umfangreiche Strafrechtsreform ohne den strittigen Ehebruch-Paragraphen verabschiedet. Das neue Strafrecht wird zum 1. April 2005 in Kraft treten. Zuvor kam es zu atmosphärischen Störungen zwischen der EU und der Türkei, weil das türkische Parlament die Abstimmung in letzter Minute gestoppt hatte und die wichtige Reform erst in drei Monaten verabschieden wollte. Diese Entwicklung rief EU-Erweiterungskommissar Verheugen auf den Plan, der Bedenken anmeldete: Der EU-Fortschrittsbericht könne nun kein eindeutiges Votum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen für die Türkei beinhalten. Nach dem Besuch von Ministerpräsident Erdoğan in Brüssel am 23. September 2004 und den positiven Gesprächen mit Verheugen und EU-Kommissionspräsident Roman Prodi konnten die Meinungsverschiedenheiten jedoch aus dem Weg geräumt werden. Die türkischen Medien berichteten darüber euphorisch. „*Der Weg ist frei*“ titelte z.B. die Tageszeitung

„Hürriyet“. Jedoch wird ein positives Votum im EU-Fortschrittsbericht am 6. Oktober lediglich einen Etappenerfolg darstellen, der auf dem EU-Gipfel durch die Regierungs- und Staatschefs im Dezember erst noch bestätigt werden muss. Das politische Theater um die Strafrechtsreform und die Aussagen Erdogans - er warf der EU eine Einmischung in innertürkischen Angelegenheiten vor- sind und bleiben sehr bedenklich. Sie werden nicht nur bei den Gegnern einer EU-Mitgliedschaft der Türkei für weiteren Diskussionsstoff sorgen.

Die 343 Paragraphen umfassende Strafrechtsreform ist nicht nur ein weiterer Ausdruck für die Reformbereitschaft der Türkei, sondern auch die wichtigste Reform des türkischen Strafrechts seit über 70 Jahren, so Parlamentspräsident Bülent Arinç (AKP). Sie beinhaltet vor allem eine Ausweitung der individuellen Freiheiten, der Menschenrechte und der Gleichheit vor dem Gesetz.

Leider, so Justizminister und Regierungssprecher Cemil Çiçek (AKP), bestimme die Kontroverse um den Ehebruch-Paragraphen seit Wochen die Diskussion in der türkischen Öffentlichkeit. Darüber traten die eigentlichen Errungenschaften der Strafrechtsreform vollständig in den Hintergrund. Die Diskussionen waren aufgekommen, nach dem ein Abgeordneter der AKP einen Änderungsantrag gestellt hatte, der die Aufnahme des Ehebruchs als Strafdelikt forderte. Das türkische Verfassungsgericht hatte 1996 den Strafbestand des Ehebruchs als verfassungswidrig erklärt und den betreffenden Artikel aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.

Durch die Strafrechtsreform wurden Teile des türkischen Rechts formal an europäische Standards angepasst, wobei die praktische Umsetzung noch abzuwarten bleibt. So wurde zum Beispiel die Rechtsprechung hinsichtlich des Vergewaltigungstatbestandes geändert. Bisher war eine Vergewaltigung straffrei, wenn der Täter sein Opfer später heiratete. Die Frauen wurden durch ihre Familien oft unter Druck gesetzt, da nur durch die Heirat die Ehre der Familie gewahrt werden kann. Leider ist es immer noch Realität in der Türkei, dass in der patriarchalischen Gesellschaft Frauen als Opfer zu Tätern abgestempelt werden. Vergewaltigung ist in der Türkei auch der Hauptgrund für die Ehrenmorde, die künftig mit harten Strafen geahndet werden. Diese „Sittenmorde“ wurden bisher von den Gerichten mehr oder weniger als „Kavaliersdelikt“ behandelt und die Angeklagten wurden mit symbolischen Strafen belegt.

Unter Strafe steht künftig auch ein „Jungfräulichkeitstest“, der nur noch auf Veranlassung eines Staatsanwalts und durch einen dazu ermächtigten Arzt durchgeführt werden darf. Dieser Test, der bisher ein großes Problem für die heranwachsenden jungen Mädchen und Frauen war, wird nun als „Genitaluntersuchung“ bezeichnet.

Die Tötung von außerehelich gezeugten Kindern durch ihre Mütter wird künftig strenger bestraft, bisher wirkte dieser Umstand strafmildernd. Die legale Abtreibung wird auf die ersten zehn Schwangerschaftswochen begrenzt. Ärzte, die Schwangerschaftsunterbrechungen danach vornehmen, müssen mit einer Gefängnisstrafe zwischen zwei und vier Jahren, die Frauen mit bis zu einem Jahr Gefängnis rechnen. Lediglich für Schwangerschaften als Folge einer Vergewaltigung wurde die Frist auf 20 Wochen heraufgesetzt. Jedoch ist eine solche Abtreibung durch einen Spezialisten in einem Krankenhaus vorzunehmen.

Sexuelle Belästigung und Vergewaltigung von Kindern wird künftig ebenfalls strenger bestraft. Personen, die ohne Gewalt oder List mit einem Kind ab fünfzehn Jahren eine sexuelle Beziehung eingehen, können auf Beschwerde des Kindes mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Wenn der Erwachsene mehr als fünf Jahre älter ist, verdoppelt sich die Strafe.

Eine der wichtigsten Neuerungen ist die strengere Bestrafung von Folter. Angestellte des öffentlichen Dienstes müssen mit 3-12 Jahren Strafe rechnen. Wird die Folter an einer Schwangeren ausgeübt, dann erhöht sich das Strafmaß auf 8-15 Jahre. Tritt durch Folter der Tod ein, so bedeutet dies lebenslange Haft.

Als Straftatbestand gilt künftig auch Gewalt in der Familie und die unterlassene Hilfeleistung bei Kranken oder Fahrerflucht. Illegale Bautätigkeiten, insbesondere der Bau von Gecekondu - über Nacht erbaute Häuser - sowie das Abweichen von Bauplänen haben künftig erstmalig strafrechtliche Konsequenzen. Auch die Bürgermeister sollen bestraft werden, wenn illegal gebaute Häuser an das öffentliche Strom- oder Wassernetz angeschlossen werden. In diesem Punkt aber war in der AKP-Fraktion die Opposition groß. Eine bedeutende Wählerschicht der AKP lebt in solchen Stadtteilen der Grosstädte. Eine Anzahl von AKP-Abgeordneten war darüber hinaus bis vor kurzem noch als Bürgermeister tätig. Aus diesem Grund wurde dieser Paragraph in letzter Minute erheblich entschärft. Demnach sind solche Tätigkeiten nicht strafbar, wenn sich Verantwortliche dazu verpflichten, notwendige Änderungen an den Bauten vorzunehmen. Ferner müssen künftig Rauschgiftdealer und -abhängige mit bis zu zwei Jahren Haft rechnen. Rauschgiftsüchtige können jedoch mit Straffreiheit rechnen, wenn sie sich zu einer Entziehungskur bereit erklären. Polizisten, die künftig ohne Erlaubnis eine Leibesvisitation oder eine Fahrzeugdurchsuchung vornehmen, werden mit drei Monaten bis zu einem Jahr Haft bestraft. Bestraft wird demnächst auch die illegale Stromnutzung aus dem öffentlichen Netz und der gemeine Taschendieb. Diese stellen ein großes Problem in den türkischen Grosstädten dar. Bisher wurden die ertappten Kriminellen bereits nach wenigen Stunden freigelassen. Mundraub hingegen ist weiterhin kein Straftatbestand. Für Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde eine Neuordnung vorgenommen und Völkermord wurde erstmalig als Straftatbestand in das Gesetz aufgenommen. Der Handel mit oder die Produktion von Falschgeld wird ab dato mit einer Strafe bis zu 12 Jahren geahndet.

Verschärft wurden des weiteren die Straftatbestände bezüglich Verstößen gegen den Umweltschutz. Wer künftig absichtlich oder unabsichtlich die Umwelt verschmutzt, muss mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren rechnen. Jedoch gilt eine Übergangsfrist von zwei Jahren nach Inkraftsetzung der Reform. Gegen diese Änderung protestierte insbesondere die CHP massiv im Parlament und sie forderte den Rücktritt von Umweltminister Osman Pepe. Der Gescholtene selbst meldete sich von der Klausurtagung der AKP. Wenn man die zweijährige Übergangsfrist nicht eingeführt hätte, so Pepe, dann würden 3.200 Bürgermeister in das Gefängnis wandern. In der Türkei gebe es 3.300 Städte und Gemeinden, von denen nur etwa 700 von AKP-Bürgermeistern geführt würden. Man habe diese Frist für alle Bürgermeister ohne Unterscheidung der Parteizugehörigkeit geschaffen, da diejenigen Gemeinden, die Kläranlagen und ordentliche Mülldeponien vorzuweisen hätten, an zwei Händen abzuzählen seien. Man müsse den Gemeinden zumindest eine Frist zubilligen, um Umweltstandards erfüllen zu können. Zumal diese Frist keinen Freifahrtschein bedeute. Strafen für Umweltsünder habe es auch bisher gegeben, man

habe durch die Reform nur zusätzliche Straftatbestände geschaffen. Die CHP-Fraktion hat angekündigt, das türkische Verfassungsgericht hinsichtlich der beiden Gesetzesänderungen anzurufen, falls Staatspräsident Sezer die Strafrechtsreform unterzeichnen werde.

Verabschiedet wurden mit dieser Reform auch zwei bedeutende Reformen der Revisionsgerichte. Der Türkische Kassationsgerichtshof ist schon seit Jahren auf Grund der vielen Verfahren erheblich blockiert. Mit der Reform sollen auf regionaler Ebene neu Appellationsgerichte eingerichtet werden, die Revisionsverfahren bis zu einem materiellen und geistigen Streitwert von 5 Mrd. TL (ca. 3000 Euro) bearbeiten sollen. Bei Verfahren mit einem materiellen und geistigen Streitwert von bis zu 1 Mrd. TL (ca. 600 Euro) werden in Zukunft Gerichtsurteile in der ersten Instanz rechtsgültig sein. Der Türkische Kassationsgerichtshof soll dadurch erheblich entlastet werden und nur noch die wirklich bedeutenden Fälle bearbeiten.

Die Rechtsreformen sind Ausdruck des Willens mit einigen traditionellen Ansichten zu brechen, die gegen das EU-Recht stehen. Viele in Europa als Strafdelikte geahndete Taten wurden in der Türkei bisher eher nachlässig als Kavaliersdelikte betrachtet. Insofern beinhaltet diese Reform einen weitreichenden Bruch mit bisherigen Moral- und Wertvorstellungen, deren Auswirkungen in der Bevölkerung höher einzuschätzen sind als z.B. die Besetzung des Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates durch einen Zivilisten. Eine eindeutige Verbesserung der Rechte der Frauen und der Abbau von Diskriminierung ist offensichtlich. Jedoch wurde die Reform auch von einigen türkischen Rechtsexperten kritisiert. Der Vorsitzende des Verbandes der türkischen Anwaltskammern, Prof. Dr. Timur Demirtaş, verwies auf die erheblichen Auslegungsspielräume einiger neuer Artikel. Sexuelle Belästigung könnte künftig auch dann vorliegen, wenn jemand einer Frau nur seinen Finger in die Nase oder das Ohr gesteckt habe.

Ministerpräsident Erdoğan und die AKP traten in diesen Tagen zu einer dreitägigen Klausur in die kleine Ortschaft Kızılcahamam außerhalb von Ankara zusammen. Hinter verschlossenen Türen wird die AKP neben einer umfangreichen Kabinettsrevision sicherlich auch über die Vorgänge um den Ehebruch-Paragraphen diskutieren. Ministerpräsident Erdoğan muss sich zumindest in der Öffentlichkeit erneut wegen seiner Aussagen in der Vergangenheit verteidigen. Sein politischer Schwenk in die Mitte des Parteispektrums wird mittlerweile von einem Großteil der türkischen Medien jedoch nicht mehr in Frage gestellt. Sollte Ministerpräsident Erdoğan die Intervention der EU-Länder wirklich als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei empfunden haben, so stellt sich akut die Frage, ob das Land und vor allem die Bürger auf die notwendige Teilung der nationalen Souveränität ausreichend vorbereitet sind.

Kritik der Türkei am Verhalten der USA im Nord-Irak

Die Bombardierung der Stadt Telafar im von hauptsächlich von Turkmenen bewohnten Nordirak durch US-Truppen stieß auf heftige Kritik des türkischen Außenministers Abdullah Gül. Der amerikanische Botschafter in Ankara, Eric Edelman, wurde in das türkische Außenministerium einbestellt. Dort soll ihm die türkische Seite deutlich gemacht haben, dass sie ein Ende der Operation wünsche, Zivilisten keinen Scha-

den mehr erleiden dürften, die humanitäre Hilfe aufrecht erhalten bleiben müsste und keine Änderung in der demographischen Struktur eintreten dürfte. Der amerikanische Botschafter versicherte, dass die Operation nicht gegen die Turkmenen, sondern gegen versprengte Gruppen des irakischen Widerstands in Telafar gerichtet sei. Zumal das Ausmaß der Operation übertrieben worden sei, weil nur ein Stadtteil von der militärischen Aktion betroffen sei. Die Türkei sieht sich traditionell als Garantmacht der Turkmenen, eines Türkvolkes, von dem je nach Zählweise 200.000 – 1.000.000 Menschen im Nordirak leben sollen. Nicht wenige Turkmenen sind vor dem Regime Saddam Husseins schon vor Jahrzehnten in die Türkei ausgewandert. Die Türkei ist in humanitären und logistischen Bereichen sehr umfangreich im Irak engagiert. Türkische Speditionen übernehmen für die US-Truppen einen wesentlichen Teil der logistischen Aufgaben. Der erste Hilfskonvoi aus der Türkei ist mittlerweile in Telafar eingetroffen und die Türken wurden euphorisch von der turkmenischen Bevölkerung gefeiert. Mittlerweile wurde sogar eine Strasse nach dem türkischen Außenminister Abdullah Gül benannt.

Täglich wird jedoch in den türkischen Nachrichtensendungen über Entführungen türkischer LKW-Fahrer und Techniker berichtet. Obwohl die meisten davon nach wenigen Tagen freigelassen wurden, gab es leider auch schon einige Hinrichtungen. Aus diesem Grund wächst der Unmut in der Türkei über das Verhalten der USA und die Kritik am Irak-Krieg. Einige der vermummten Entführer sprechen türkisch, was die Vermutung bestätigt, dass auch Türken in der Al-Qaida und deren Nebenorganisationen aktiv sind. Vor kurzem wurde überraschend einer der Hauptverantwortlichen für die Sprengstoffanschläge von Istanbul vom vergangenen Jahr tot im Nordirak aufgefunden.

Umfangreiche Bildungsreform in der Türkei auch ohne Pisa-Schock

Das türkische Bildungssystem wird schon seit Jahren heftig kritisiert. Dass die Schüler in den Grund- und Oberschulen durchaus gut ausgebildet werden, beweisen sie in internationalen Wettbewerben. Die Möglichkeiten der Schulen sind jedoch sehr begrenzt. Lehrermangel sowie überforderte und schlecht bezahlte Lehrer sorgen für Frustrationen. Auswendiglernen prägt die Pädagogik. Neben den staatlichen gibt es viele Privatschulen, sogenannte Stiftungsschulen, die sich nicht unbedingt in der Qualität der Ausbildung von den staatlichen Schulen abheben, deren Ausstattung aber bei weitem besser ist. Insbesondere die Anzahl der Schüler in den Klassen ist erträglicher, da es immer noch an vielen staatlichen Schulen Klassen mit einer Schülerzahl von 70 und mehr gibt. Nachteil der privaten Schulen ist, dass sie sehr teuer sind. Schulgebühren von bis zu 10.000 USD sind keine Seltenheit, dazu kommen dann noch Kosten für den Schulbus, Bücher, Verpflegung und oft auch für zusätzliche private Unterrichtsstunden.

Daneben gibt es noch strukturelle Probleme im türkischen Schulsystem. Schüler der achten Klasse - seit 1997 wurde die Grundschulpflicht in der Türkei auf acht Jahre erhöht - müssen an einer zentralen Aufnahmeprüfung für die dreijährigen Oberschulen (Lyzeen) teilnehmen. Um diese erfolgreich bestehen zu können, gehen fast alle Kinder während des achten Schuljahres nachmittags in private Lehrinstitute (Dershaneler), wo den Kindern hauptsächlich das Lösen von Multiple-Choice-Aufgaben beigebracht wird. Das ganze wiederholt sich dann noch einmal zur

Absolvierung der Hochschulzugangsprüfung. Viele Schüler der elften Klasse bleiben dem Schulunterricht fern, um sich hierauf in den privaten Lehrinstituten vorzubereiten. Dies ist auch kein Problem, da der Unterrichtsstoff der letzten Schulklasse bisher nicht Teil der zentralen Hochschulzugangsprüfung war. Der Umsatz der privaten Lehrinstitute wird auf bis zu vier Milliarden USD pro Jahr geschätzt.

Die neue umfangreiche Bildungsreform soll mittelfristig diese Misstände beheben. Der Bildungsetat wurde erhöht und ist noch vor den Militärausgaben der grösste Posten im Staatshaushalt. Vor einem Jahr hatte das Bildungsministerium den Ankauf von neuen Schulbüchern ausgeschrieben. Die besten Publikationen wurden ausgewählt und stehen nun für das neue Schuljahr zur Verfügung.

Bildungsminister Hüseyin Çelik (AKP) gab pünktlich zum Schulbeginn 2004 den Startschuss für ein Pilotprojekt in sechs türkischen Provinzen. Im Mittelpunkt der Reform stehen neue Lernmethoden. Aufbauend auf den Erfahrungen einiger europäischer Staaten, will man eine pädagogisch ausgeglichene Lehrweise einführen. Die Schüler sollen mehr am Unterricht partizipieren und die Lehrer verstärkt pädagogisch auf die Schüler eingehen. Im Unterricht sollen spielerische Elemente für mehr Abwechslung und Spass sorgen. Dafür wurden die Curricula aller Fächer in den Grundschulen umgeschrieben. Die Schüler sollen auch für das Lesen begeistert werden. Das Bildungsministerium hat aus diesem Grund eine Bücherliste erstellt, die als Basisliteratur von allen Schülern bis zum Ende ihrer Schulzeit gelesen werden sollten. Unter den 100 Büchern befinden sich 70 klassische und moderne Werke der türkischen und 30 Werke der Weltliteratur. Mit Goethes Faust ist nur ein Werk der deutschen Literatur auf dieser Liste aufgeführt.

Ferner sollen bis zum Jahre 2006 rund 43.000 türkische Schulen einen Internetanschluss erhalten. Internet und Computer sollen die Schiefertafel ablösen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres erhielten 10.500 Lehrer eine Computer-Fortbildung und ab dem nächsten Jahr ist die Erlangung von Computerzertifikaten für die Lehrer vorgeschrieben.

Die universitäre Lehramtsausbildung soll qualitativ verbessert werden. Darüber hinaus sollen pädagogische Fachoberschulen, von denen in diesem Jahr schon 18 eröffnet wurden, die Schüler bereits sehr früh auf ihren Beruf vorbereiten. Aber auch die Eltern sollen künftig aktiver in den Unterricht und die Ausbildung ihrer Kinder miteinbezogen werden. Eltern, Bildungspolitiker und Experten wurden auf die Homepage des türkischen Bildungsministeriums verwiesen, wo sie Anregungen, Verbesserungsvorschläge und Probleme ansprechen können. Eine eigens für die Auswertung der Webseite eingerichtete Abteilung, soll die Vorschläge auswerten. Die Ergebnisse der Testphase will man erst abwarten, bevor eine Ausweitung der Reform auf alle Schulen umgesetzt wird.

Info-Mail

+++ Eine Befragung der bekannten türkischen Nichtregierungsorganisation Ari-Hareketi unter 24.571 Oberschülern ergab, dass 70,5% der Befragten die türkische EU-Mitgliedschaft befürworten. 83% der Jugendlichen verbinden mit der EU-

Mitgliedschaft eine Verbesserung des türkischen Bildungssystems, 82% ein besseres Gesundheitssystem, 79% glauben an eine Stärkung der türkischen Wirtschaft und 76% sind überzeugt, dass sich die Beachtung der Menschenrechte dadurch verbessern würde. Die Befragung endete mit der Forderung nach Aufnahme von EU-Themen in das Schulcurriculum, da nur die wenigsten Schüler genauere Kenntnisse über die EU hätten. 71% der Befragten würden in einem EU-Land leben und arbeiten wollen. +++ Nach einer Umfrage des staatlichen Statistikinstituts müssen 12,6 Millionen Türken mit weniger als zwei USD pro Tag auskommen. Auf die ärmsten 20% der türkischen Bevölkerung entfielen demnach auch nur 8,8% des Gesamtkonsums, während die reichsten 20% der türkischen Bevölkerung immerhin fast 40% des Gesamtkonsums in Anspruch nehmen würden. +++ Der stellv. Ministerpräsident und Staatsminister Abdüllatif Şener forderte eine erhöhte Weinproduktion in der Türkei. Während 97% der in Frankreich geernteten Weintrauben für die Weinproduktion benutzt würden, entspreche dieser Wert in der Türkei nur 4%. Die Türkei ist weltweit der fünftgrößte Traubenproduzent. +++ Die AKP konnte in den ersten sechs Monaten des Jahres 2004 insgesamt 2,7 Trillionen TL (ca. 1,5 Mio Euro) Einkünfte aus Zinsen und Wertpapierrenditen erzielen. Die AKP ist die erste türkische Partei, die ihre Parteifinancen im Internet veröffentlicht. Die Partei, die 30 Mio. Euro an staatlicher Parteienfinanzierung erhielt, hat im gleichen Zeitraum Ausgaben im Wert von 25 Mio. Euro getätigt. Für die Lokalwahlen im März 2004 sind insgesamt 7 Mio. Euro ausgegeben worden. +++ Die Geburtenrate in türkischen Großstädten ist weiter abnehmend und niedrig. Eine Untersuchung des Generaldirektoriums für Einwohner und Staatsbürger registrierte im Jahr 2003 insgesamt 1.174.831 Neugeborene in der Türkei. Die höchsten Bevölkerungswachstumsraten seien in den Provinzen Ardahan, Sinop, Kilis, Siirt und Kastamonu zu verzeichnen, während dazu im Vergleich die Raten in Istanbul, İzmir, Ankara, Kocaeli und Yalova gering seien. +++ Das Buch mit dem Titel ‚Minderheitenstiftungen‘ des Wissenschaftlers Nazif Öztürk kam zum Ergebnis, dass die Türkei betreffend der nichtmuslimischen Glaubensgemeinschaften im Vergleich zu Griechenland sehr tolerant sei. Nach einem Vertrag zwischen Frankreich und dem Osmanischen Reich aus dem Jahre 1913 habe man in den damaligen Grenzen 745 christliche Gebetsstätten registriert. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches seien in den Grenzen der heutigen Türkei davon 302 Gebetsstätten verblieben, von denen heute alle noch zugänglich seien und benutzt würden. 161 dieser Stätten seien Klöster, 52 Kirchen und 89 kleinere Gotteshäuser. 92 dieser Stätten befänden sich in Istanbul. Zu Zeiten des Osmanischen Reiches habe es in den Grenzen des heutigen Griechenlands insgesamt 2.336 Moscheen und Mescits gegeben. Alleine in Athen habe es 15 Moscheen gegeben, von denen heute jedoch nur noch vier für die religiöse Andacht offen seien. Die Türkei wünscht sich die Wiedereröffnung der Mustafa Ağa-Moschee in Athen, einem wunderbaren Beispiel osmanischer Baukunst. Ministerpräsident Erdoğan hat bei seinem Besuch in Athen dieses Thema angesprochen, jedoch weigert man sich von griechischer Seite den Wunsch der Türken zu erfüllen und fordert im Gegenzug als Bedingung die Wiederöffnung des orthodoxen Priesterseminars auf der Prinzeninsel Chalki vor den Toren Istanbuls. +++

Ankara, den 28. September 2004

Frank Spengler/ Dirk Tröndle